

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15855
Freitag, 10. Juli 2020

EU-Ratspräsident Michel stellt Kompromissplan für EU-Haushalt vor	1
EU-Milchmarkt: Notierungen haben sich gefestigt	2
Sinkende Ernteprognosen und gute Nachfrage beflügeln Weizenmärkte	3
EU-Schweinemarkt: Druckwelle aus Deutschland überschwemmt Europa	5
Brexit: Britische Landwirte verteidigen ihre Lebensmittelstandards	6
Nationalrat beschließt Digitalisierung der Futtermittelkontrolle	7
Schmiedtbauer: Brauchen Notfallplan für EU-Regionalpolitik	8
AMA: Begrünungszeiträume und Aufzeichnungen beim "System Immergrün"	9
Salzburg: Corona-Tests von Schlachthofmitarbeitern negativ	10
Lindinger: Entlastungspaket für Bäuerinnen und Bauern beschlossen	11
LK Kärnten begrüßt Beschluss der Landesregierung zum Buschenschankgesetz	11
Ukrainische Rapsexporte erreichten 2019/20 neuen Rekordstand	12
FiBL-Obmann Niggli in Vorbereitungsgruppe des Welternährungsgipfels 2021	12
Maschinenring Kärnten erneut für Unternehmerpreis TRIGOS nominiert	13

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



EU-Ratspräsident Michel stellt Kompromissplan für EU-Haushalt vor

Vor EU-Gipfel kommender Woche - 1.074 Mrd. Euro für EU-Budget

Brüssel, 10. Juli 2020 (aiz.info). - EU-Ratspräsident **Charles Michel** schlägt für die Jahre 2021 bis 2027 ein EU-Budget in Höhe von 1.074 Mrd. Euro und einen Aufbaufonds in Höhe von 750 Mrd. Euro vor. Das gab er am Freitag in Brüssel bekannt. Österreich und weitere Länder sollen Rabatte auf ihre EU-Beiträge bekommen. Mit seinem Budgetvorschlag liegt Michel damit knapp unter der Vorstellung der EU-Kommission. * * * *

Corona-Fonds bleibt bei 750 Mrd. Euro

"Es ist Zeit zu handeln, Zeit zu entscheiden", sagte Michel laut APA. Er hielt auch daran fest, 500 der 750 Mrd. Euro aus dem Corona-Hilfsfonds als Zuschüsse auszuzahlen, die von den Empfängerländern nicht zurückgezahlt werden müssen. Dagegen stemmen sich bisher eine Reihe nördlicher EU-Länder wie die Niederlande und Österreich, die vor allem auf die Vergabe von Krediten setzen wollen. Ihnen kam Michel mit einer stärkeren Mitsprache des Rates der Mitgliedstaaten bei der Vergabe der Gelder entgegen. Nationale Pläne, um die Gelder zu bekommen, müssten nun zunächst mit qualifizierter Mehrheit im Rat der Mitgliedstaaten beschlossen werden. Erst danach könnte die EU-Kommission die Freigabe veranlassen.

Zudem passte Michel die Kriterien für die Vergabe der Mittel an. Gut zwei Drittel der Zuschüsse sollen zwar weiter, vor allem gemäß den Arbeitslosenzahlen in den Jahren vor der Corona-Krise, vergeben werden. Bei knapp einem Drittel soll allerdings der Rückgang der Wirtschaftsleistung vor allem 2020 und 2021 zugrunde gelegt werden.

Mehr Geld für Klimaschutz

Der Corona-Hilfsplan ist eng verknüpft mit dem nächsten mehrjährigen Haushalt der EU für die Zeit von 2021 bis 2027. Für ihn schlug Michel nun ein Volumen von 1.074 Mrd. Euro vor. Dies sind 13 Mrd. Euro weniger, als er vor dem im Februar gescheiterten Budgetgipfel vorgeschlagen hatte. Ein Ende Mai von der EU-Kommission vorgelegter neuer Vorschlag sah ein Volumen von 1.100 Mrd. Euro vor.

Um den Widerstand von Nettozahlerländern zu überwinden, will Michel Rabatte bei den Beitragszahlungen, anders als von der EU-Kommission gefordert, beibehalten. Nach seinen Plänen sollen Österreich, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Schweden pauschale Abschläge auf ihre Zahlungen in den EU-Haushalt bekommen. Konkrete Zahlen nannte Michel nicht. Neu in Michels Vorschlag ist eine Anhebung des Anteils der Budgetmittel, die für den Klimaschutz eingesetzt werden. Er soll von bisher anvisierten 25 auf 30% steigen. Weitere Details zum Budgetvorschlag waren zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt. (Schluss)

EU-Milchmarkt: Notierungen haben sich gefestigt

Vor-Corona-Niveau wird noch deutlich unterschritten

Brüssel, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Die Notierungen für Standard-Milchprodukte haben sich in der EU nach dem deutlichen Rückgang im Zuge der COVID-19-Pandemie mittlerweile auf niedrigerem Niveau gefestigt. Bei Butter und Magermilchpulver ist seit einigen Wochen ein kontinuierlicher Aufwärtstrend spürbar, die Preise für Cheddar-Käse bleiben weiter stabil. Das Vor-Corona-Niveau wird allerdings in den meisten Produktkategorien noch deutlich unterschritten und auch die Vorjahreslinie zum Teil verfehlt. Dies geht aus den jüngsten Zahlen der Milchmarkt-Beobachtungsstelle der EU-Kommission hervor. * * * *

Den Angaben der Kommission zufolge, lag die Notierung für Butter am 5. Juli 2020 im EU-Mittel bei 331 Euro/100 kg. Gegenüber dem Schnitt der letzten vier Wochen ergibt sich ein Plus von 4,5%, die Vorjahreslinie wird aber immer noch um 14% unterschritten. Bei Butter haben die Preise ab Ende März 2020 stark nachgegeben. Damals lagen sie im Mittel bei 350 Euro, Mitte Mai wurde mit 281 Euro der tiefste Wert des Jahres verzeichnet, seither tendierten sie wieder nach oben.

Magermilchpulverpreise erholen sich

Magermilchpulver notierte am 5. Juli 2020 bei 217 Euro/100 kg, gegenüber dem Schnitt der letzten vier Wochen ergab sich ein Zuwachs von 1,6%. Das Vorjahresniveau wird seit Ende Mai überschritten (aktuell um 6%). Bei Magermilchpulver erfolgte im Zuge der Corona-Krise der stärkste Preiseinbruch. Anfang März 2020 lag die Notierung noch bei 254 Euro/100 kg, dann sank sie bis Mitte April kontinuierlich auf 191 Euro und erreichte damit den bisherigen Tiefpunkt des Jahres; seither tendieren die Preise - mit Unterbrechungen - wieder nach oben.

Die Notierung für Vollmilchpulver lag am 5. Juli bei 279 Euro/100 kg und damit um 2,1% über dem Vierwochen-Schnitt. Die Vorjahreslinie wird derzeit noch um rund 3% unterschritten und auch das Niveau von Anfang März (300 Euro) wird verfehlt. Bei Vollmilchpulver hatte die negative Preistendenz bereits Anfang Februar eingesetzt und bis Ende April angehalten, der Rückgang fiel aber nicht so stark aus wie bei Magermilchpulver. Seit Anfang Mai ist bei diesem Produkt wieder eine positive Preisentwicklung zu verzeichnen.

Anhaltend stabil präsentieren sich die Kurse für Cheddar-Käse. Die Notierung lag am 5. Juli bei 303 Euro/100 kg und damit exakt auf der Vorjahreslinie. Der Durchschnitt der letzten vier Wochen wurde nur geringfügig (-0,1%) unterschritten.

Butter und Cheddar-Käse können die EU-Produzenten aktuell am Weltmarkt günstiger als die Mitbewerber USA und Ozeanien anbieten. Bei Magermilchpulver treten derzeit die USA als Billigstbieter auf und bei Vollmilchpulver hat Ozeanien weiterhin die Preisführerschaft inne. (Schluss) kam

Sinkende Ernteprognosen und gute Nachfrage beflügeln Weizenmärkte

Heimischer Premiumweizen etwas über letzten Preisen alter Ernte - Durum "heiß"

Wien, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Sich weiter verschlechternde Ernteprognosen für wichtige Weizenproduzenten wie Frankreich, das Vereinigte Königreich, die USA, Russland, Ukraine und Argentinien sowie starke Weltmarktnachfrage verhalfen den Weizenterminbörsen in den USA und in Europa diese Woche zu kräftigen Kursgewinnen. Hitzestress und Trockenheit, die sich erholende Ethanolproduktion sowie der Sojahunger Chinas bestärkten auch die Mais- und Sojabohnennotierungen an der CBoT in Chicago. Das US-Landwirtschaftsministerium veröffentlicht am Freitagabend den monatlichen WASDE-Bericht zu den weltweiten Versorgungsbilanzen. Die Märkte standen im Vorfeld unter Spannung, wie weit der Report die sinkenden Produktionsaussichten verarbeiten werde und wie sich dies sowie die Folgen von Corona auf der Verbrauchsseite in den Bilanzen und Endlagerschätzungen niederschlagen werde. Die Frage lautet zudem, ob die jüngste Befestigung der Preise nachhaltig sein oder eine global immer noch reichliche Versorgungslage die Stimmung wieder drücken werde. * * * *

Am Freitagmittag notierte der September-Weizenkontrakt an der Euronext in Paris mit 188,75 Euro/t, nachdem er zuvor im Wochenverlauf schon einmal kurzfristig ein Sechswochen-Hoch von 189 Euro/t erklommen hatte. Der bereits Lagergeld enthaltende Dezember-Liefertermin kletterte am Freitag auf 189,25 Euro, nachdem er schon in den Vortagen knapp an der 190-Euro-Marke gekratzt hatte. Zu den Schlusskursen vom Freitag vor einer Woche (3. Juli) bedeuten die Kurse vom Freitagmittag einen Wochengewinn von 3,3% für den September- und von 2,7% für den Dezember-Weizenfuture. Soft Red Winter an der CBoT steuerte trotz leichter Verluste vor dem Wochenende sogar auf einen 6%igen Wochengewinn zu.

Kassamarkt in Österreich läuft an - Mühlen fragen nach

Das Kassamarktgeschäft in Österreich beginnt anzulaufen. Händler berichten, Mühlen aus Italien und dem Inland begännen ob der Unsicherheit über die Ernteerträge mit der Rohstoffdeckung. Die Preise bildeten sich in der Ableitung zu den Euronext-Kursen mit durchaus üblichen Prämien. Die Wiener Produktenbörse notierte am Mittwoch dieser Woche als ersten Weizen neuer Ernte Premiumweizen mit 180 bis 185 Euro/t um 1,50 Euro/t über den Preisen alter Ernte und Mahlweizen mit 169 Euro/t um 5 Euro/t darunter. Aus der Ernte 2019 notierte Qualitätsweizen 2,50 Euro/t höher als in der Vorwoche und bei 175 bis 180 Euro/t mit einem deutlichen "Österreich-Bonus" gegenüber Einfuhren aus dem EU-Raum. Diese wurden CPT Niederösterreich mit 172 Euro/t bewertet und enthalten im Gegensatz zu den ab Station notierten heimischen Weizen die Transportkosten bis zum Empfänger.

Durum-Preise bleiben "heiß"

Wie es heißt, seien die Durum-Preise "heiß". Es werden ab Station aus Ungarn Großhandelsabgabepreise von 295 Euro/t kolportiert. Der Absatz von Nudeln und Pasta laufe gut, und man rechne zumindest bis gegen Weihnachten, wenn die Erntedaten aus Kanada entscheiden, ob die Stimmung bullish bleibt oder ins bearische kippt, mit anhaltend stabilen Verhältnissen.

Derweil wurden im Trockengebiet des Weinviertels erste Weizen gedroschen und sehr zufriedenstellende Premiumweizenqualitäten eingebracht. Am Wochenende soll es dann mit dem Drusch so richtig losgehen. Für einige Braugerste sollen die jüngsten Regenfälle schon zu viel gewesen sein.

Beim Futtergetreide bleibt die Gerstennotierung unverändert gedrückt und gab Mais nach der Befestigung der letzten Wochen unmerklich nach. Neuerntiger Raps notiert in einer laut Händlern plausiblen Ableitung von den am Freitag bei gut 383 Euro/t gelegenen Euronext-Notierungen (Rapsfuture, Liefertermin August) mit 342,50 Euro/t um 4 Euro/t höher als zuletzt der alterntige.

EU exportierte 2019/20 Rekordmenge an Weizen

Die EU exportierte in dem am 30. Juni zu Ende gegangenen Wirtschaftsjahr 2019/20 eine Rekordmenge von 34,596.777 t nativem Weichweizen. Dies übertraf die Vorjahresmarke um 68%. Einschließlich der Ausfuhr von Mehl sowie Durum und Durum-Mehl summierten sich die gesamten Weizenlieferungen in Drittländer auf 36,387.301 t - ein Plus von 65% zur Saison davor. Jüngste offizielle Prognosen sagen allein dem größten Weizenproduzenten und Exporteur der EU, Frankreich, 2020/21 einen Rückgang der Ausfuhren um 43% auf 7,75 Mio. t nach einem Rekord von 13,6 Mio. t 2019/20 voraus.

Ernteprognosen wichtiger Weizenexporteure werden laufend nach unten revidiert

Die jüngsten Revisionen von Ernteprognosen nach unten betreffen etwa Russland, das unter einem mehr als 50%igen Regendefizit leidet. Aktuell pendeln die Schätzungen verschiedener Analysten zwischen 78 und 80,9 Mio. t, wie von Sovecon. Dieser Analyst nahm seine Prognose diese Woche zur vorigen um 1,8 Mio. t zurück. Am Freitag sprach das Moskauer Agrarressort von gar nur mehr 75 Mio. t (Vorjahr: 74,5 Mio. t) Weizen. Die Hektarerträge in der sich vom trockenen Süden in den etwas besser mit Wasser versorgten Norden vorarbeitenden Ernte blieben aber nach wie vor deutlich unter den Erwartungen und Vorjahreswerten. Dennoch wird Russland von allen Analysen 2020/21 als weltgrößter Exporteur von Weizen gesehen, nachdem es 2019/20 von der EU überflügelt worden war.

Frankreich blicke einer um 21% kleineren Weizenernte als vor einem Jahr entgegen. Das Vereinigte Königreich habe seine Weizenfläche wegen widriger Wetterverhältnisse beim Anbau um 25% gegenüber dem Vorjahr und um gut 22% gegenüber dem Fünfjahres-Durchschnitt einschränken müssen. Es werde entsprechend große Mengen Weizen, vor allem noch mehr Brotweizen als üblich, importieren müssen, wenn die Mahlweizenernte von zuletzt 5,7 Mio. t auf vielleicht nicht einmal 4 Mio. t zurückfalle. Dabei rechnen die Märkte mit einer starken Nachfrage der Briten in der EU im kommenden Herbst, weil nach dem Jahreswechsel im Falle eines No Deals mit der EU Importzölle fällig werden könnten. Die Getreidebörse in Rosario reduzierte die Erwartung an die im Winter startende Weizenernte Argentiniens von zuletzt 21 bis 22 Mio. t auf 18 bis 19 Mio. t.

Verknappt sich im Wirtschaftsjahr 2020/21 das Weizenangebot der großen Exportnationen zunehmend, bleibt hinter den Bilanzrechnungen das große Fragezeichen, wie sich die Corona-Pandemie und allfällige weitere Shutdowns auf die Nachfrageseite niederschlagen könnten.

Ägypten jedenfalls kaufte diese Woche aus einer Ausschreibung weitere 230.000 t Weizen zur Lieferung vom 8. bis 18. August. Dabei schlug die staatliche Getreideagentur GASC mehrere Angebote

aus Russland zu. Diese waren mit fob-Preisen umgerechnet zwischen knapp und gut 181 Euro/t am günstigsten.

Aus China wurden Maisverkäufe aus den Staatsreserven gemeldet und dafür Preise von umgerechnet rund 240 Euro/t genannt. Dies ist etwa doppelt so viel wie die aktuelle Maisnotierung in Chicago bei knapp 122 Euro/t. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Druckwelle aus Deutschland überschwemmt Europa

Notierung sinkt in der BRD und in Österreich um 13 Cent

Wien, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Die schon drei Wochen andauernde Sperre des Schlachtbetriebes Tönnies in Rheda-Wiedenbrück hat jetzt nicht mehr nur für deutsche Erzeuger fatale Folgen. Weil mehrere hunderttausend schlachtreife Schweine aus den Ställen geholt werden sollen, geraten die Bauern zunehmend in Panik. Nachdem durch die negativen Schlagzeilen vielen Verbrauchern der Appetit auf Schweinefleisch vergangen ist, können die aktiven Schlachtbetriebe die Ware nur mittels massiver Preiszugeständnisse absetzen. Zusätzlich verschärft wird das Dilemma durch das von China verhängte Exportverbot von Corona-betroffenen Schlachtbetrieben. Da unter diesen Rahmenbedingungen nun vom Schlachtschwein bis zum Verarbeitungsfleisch um jeden Preis verkauft wird, stürzen europaweit die Preise ab. Die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) musste ihren Basispreis um 13 Cent reduzieren. Binnen 14 Tagen kommt es somit in der BRD zu einem Minus von 19 Cent. Im Handel soll auch noch billigere Ware unterwegs sein, wird berichtet. * * * *

In Österreich ist die Verunsicherung quer durch die gesamte Wertschöpfungskette massiv spürbar. Nachdem zu Beginn dieser Woche bei vier oberösterreichischen Fleischunternehmen nach einem 100%igen Mitarbeiter-Screening 17 Personen positiv auf Corona getestet wurden, gab es zusätzliche Bedenken. Erfreulich, dass die zuständigen Behörden inklusive Politik sachlich und besonnen analysieren sowie berichten. Weiters wurden wegen der geringen Anzahl an positiven Fällen mit schlüssiger Rückverfolgbarkeit der Infektionskette nie Betriebsschließungen ins Auge gefasst. Demzufolge sind die Schlachtaktivitäten annähernd auf Normalniveau geblieben, erläutert **Johann Schlederer** von der Schweinebörse.

Problematischer stellt sich der heimische Fleischmarkt dar, der unmittelbar mit dem Dumpingangebot aus Deutschland und weiteren Ländern, wie etwa Spanien, konfrontiert ist. Vor dem Hintergrund eines panikartig um 10% gestiegenen Angebots und einem mit Vorsicht geprägten Nachfrageverhalten musste auch an der heimischen Börse der Abnehmerforderung nach einem Minus von 13 Cent nachgekommen werden. Die Mastschweine-Notierung sinkt somit auf 1,50 Euro (Berechnungsbasis: 1,40 Euro) je kg Schlachtgewicht. Damit soll es gelingen, dass Überhänge an schlachtreifen Tieren im überschaubaren Bereich bleiben. (Schluss)

Brexit: Britische Landwirte verteidigen ihre Lebensmittelstandards

Konsumenten wollen keine Chlorhühner aus den USA

Brüssel/London, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Die künftigen Standards für Lebensmittel sind nicht nur ein Streitpunkt bei den Brexit-Verhandlungen der EU mit dem Vereinigten Königreich. Den Briten wird mittlerweile klar, dass es vor allem in einem Abkommen mit den USA zu Einbrüchen kommen könnte. Der britische Bauernverband (NFU) wehrt sich gegen Chlorhühner sowie Hormonfleisch und kann erste Erfolge verzeichnen. * * * *

Seit dem Referendum zum Brexit kämpft der britische Bauernverband für einen Erhalt der hohen Standards für Lebensmittel und gegen Dumpingimporte. Eine Unterschriftenliste gehörte zu den wichtigen Elementen der Kampagne des Verbandes. Kürzlich wurde die Schwelle von einer Million Unterschriften überschritten. Jetzt reagiert die Regierung in London. Zwar beteuert Handelsministerin **Liz Truss** seit Langem, zukünftige Handelsabkommen, etwa mit den USA, dürfen keinesfalls die hohen britischen Lebensmittelstandards unterlaufen. Doch jetzt sollen extra ein neuer Ausschuss gebildet und die Handelsgespräche mit Drittländern überwacht werden.

Truss sagte der NFU zu, es dürfe keinen unfairen Wettbewerb mit Drittländern geben, der die hohen Anforderungen an den Tierschutz und die landwirtschaftliche Produktion im Vereinigten Königreich unterlaufe. London wolle sich zudem, laut Aussagen der Handelsministerin, für höhere Tierschutzstandards bei der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen und für zusätzliche Absatzmöglichkeiten für die britischen Farmer in den Handelsabkommen sorgen. Der Kontrollausschuss wurde von NFU-Präsidentin **Minette Batters** begrüßt. Allerdings sollte dieser Ausschuss nicht nur beratende Funktion haben, sondern mehr Macht bekommen, fordert Batters.

US-Forderungen bereiten der Regierung in London Sorgen

Dem britischen Premierminister **Boris Johnson** wird nachgesagt, er wünsche sich ein rasches Abkommen mit den USA, um möglichst schnell wieder aus der Corona-Krise herauszukommen. Eindeutige Forderungen der USA nach einem besseren Zugang zum britischen Agrarsektor bereiten der Regierung in London allerdings große Sorgen. Diese werden noch angefacht, weil die Produktionsstandards in den USA den Vorstellungen der meisten britischen Konsumenten kaum genügen. Die Schlagworte aus den TTIP-Verhandlungen der EU mit den USA leben gerade auf der Insel wieder auf. Hormonfleisch und Chlorhühner werden vom britischen Verbraucher so eindeutig abgelehnt wie von EU-Bürgern. Sollte die Regierung in London in diesem Punkt nachgeben, haben erste britische Einzelhändler schon ihren Boykott angedroht.

Brexit-Verhandlungen stecken fest

Trotz der ähnlich gelagerten Vorstellungen der Verbraucher, stecken die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien über Lebensmittelstandards fest. Die EU erwartet, dass sich die Briten den Regeln der EU auf Dauer verpflichten. Das Vereinigte Königreich wiederum pocht auf seine neue Souveränität und sieht es als eine Frage des Prinzips an, sich auf gegenseitige Standards zu verständigen und nichts automatisch zu übernehmen. "Es verbleiben ernsthafte Meinungsunterschiede", fasst EU-Chefunterhändler

Michel Barnier zusammen, der diese Woche in London am Verhandlungstisch sitzt. Johnson und EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** hatten Ende Juni Fortschritte bei den Verhandlungen eingemahnt, doch davon ist bisher nicht zu spüren.

Die EU-Kommission hat mittlerweile die Wirtschaft dringend aufgefordert, sich auf tiefgreifende Änderungen einzustellen. Ohne ein Brexit-Abkommen sei vieles unausweichlich, etwa Zollformalitäten, selbst wenn noch ein Handelspakt mit London gelinge, heißt es in einer Mitteilung vom Donnerstag. Da sich die britische Regierung gegen eine Verlängerung der Übergangsphase entschieden habe, komme mit oder ohne Abkommen ein Einschnitt zum 1. Jänner 2021. (Schluss) mö

Nationalrat beschließt Digitalisierung der Futtermittelkontrolle

Novelle des Pflanzenschutzmittelgesetzes verabschiedet

Wien, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Der Nationalrat hat sich gestern einstimmig für die Digitalisierung der Futtermittelkontrolle ausgesprochen. Dazu soll ein vollständig EDV-unterstütztes System geschaffen werden. Ebenso einstimmig wurde eine Novelle des Pflanzenschutzmittelgesetzes beschlossen. Ein einhelliger Beschluss fiel auch über Mittel für gewässerökologische Maßnahmen. * * * *

Zur Änderung des Futtermittelgesetzes betonte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger**, dass die Digitalisierung der Kontrollabläufe eine wichtige Ergänzung für die Arbeit der Agrarmarkt Austria (AMA) darstelle. Zudem würden die Maßnahmen gut zur Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung passen. Die bisherigen Papierformulare seien nicht mehr zeitgemäß, in Zukunft werde es ein vollständig EDV-unterstütztes System geben. Die geplanten Änderungen seien rein technischer Natur und würden keine wesentlichen praktischen Änderungen für die Vollzugs- und Überwachungstätigkeiten bringen.

Pflanzenschutzmittelgesetz novelliert

Anfang 2020 ist es beim Pflanzenschutz zu Kompetenzbereinigungen zwischen Bund und Ländern gekommen, wodurch dieser Bereich in die allgemeine Zuständigkeit der Länder gewandert ist. Somit ist die Kompetenz des Bundes zur Erlassung von Grundsatzbestimmungen zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln entfallen. Außerdem sind neue EU-Verordnungen in den Bereichen Lebens- und Futtermittelrecht, Tiergesundheit sowie Pflanzenschutzmittel in Kraft getreten. Aufgrund dieser neuen Gegebenheiten bestand die Notwendigkeit, alle berührten Bestimmungen im Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 zu novellieren. Die Abgeordneten sprachen sich auch hier einstimmig für die Regierungsvorlage zur Novelle des Pflanzenschutzmittelgesetzes aus. In der Debatte über diese Novelle ging es dann auch um das Thema Glyphosat-Verbot, wobei von den Abgeordneten der Parlamentsparteien die bekannten Positionen vertreten wurden.

Investitionen zur Verbesserung der Gewässerökologie bis 2027

Mit der einstimmig beschlossenen Novellierung des Umweltfördergesetzes werden für den Zeitraum 2020 bis 2027 zumindest 200 Mio. Euro im nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan sichergestellt. Auf Initiative von Köstinger wird damit die gesetzliche Basis gelegt, um zusätzliche Förderungen zur Verbesserung der ökologischen Qualität der heimischen Gewässer zu ermöglichen.

Diskussion über Zukunft der Agrarpolitik

Auf der Tagesordnung stand auch eine FPÖ-Forderung nach einem "Fahrplan für die Ausrichtung der österreichischen Landwirtschaft in den nächsten 20 Jahren". Dieser Antrag fand allerdings keine Mehrheit. Angenommen wurde dagegen ein Antrag, der im Landwirtschaftsausschuss von der ÖVP und den Grünen formuliert wurde. Er zielt auf eine Evaluierung und Verankerung der GAP-Strategie im bestehenden gesetzlichen Rahmen ab. Im Fokus stehen vor allem die Ländliche Entwicklung und die Maßnahmen der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sowie eine praxis- und ergebnisorientierte wissenschaftliche Begleitung. (Schluss)

Schmiedtbauer: Brauchen Notfallplan für EU-Regionalpolitik

Mittel müssen schnellstmöglich dort ankommen, wo sie gebraucht werden

Brüssel, 10. Juli 2020 (aiz.info). - "Die Förderungen für die ländlichen und anderen Regionen in Europa haben sich bisher bewährt. Wir tun alles dafür, dass die Förderungen schnellstmöglich dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Wir erhöhen so die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, fördern den Bürokratieabbau am Weg zu Förderungen und kämpfen gegen die Abwanderung aus ländlichen Regionen. Damit das weiterhin möglich ist und es Planungssicherheit gibt, brauchen wir einen Notfallplan für die Regionalpolitik, für den Fall, dass es keine rechtzeitige Einigung auf das neue EU-Langzeitbudget 2021 bis 2027 und den Aufbauplan 'NextGenerationEU' gibt. Diesen Notfallplan muss die EU-Kommission dringend ausarbeiten", forderte heute **Simone Schmiedtbauer**, Agrar- und Regionalpolitik-Sprecherin der ÖVP im Europaparlament, anlässlich der Plenardebatte zur Zukunft der Regionalpolitik am Weg aus der Corona-Krise. * * * *

"Ein Europa der Regionen muss mehr sein, als nur ein Lippenbekenntnis. Unsere ländlichen Regionen sind das Rückgrat und die Basis unserer Gesellschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Krise die Ungleichgewichte unter den Regionen noch verstärkt. Als ehemalige Bürgermeisterin weiß ich, was in unseren Gemeinden geleistet wird und was erreicht werden kann, wenn die Rahmenbedingungen passen. Diese Bedingungen müssen wir schaffen", so Schmiedtbauer. (Schluss)

AMA: Begrünungszeiträume und Aufzeichnungen beim "System Immergrün"

Mindestens 85% der Ackerfläche müssen ganzjährig begrünt sein

Wien, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Bei Teilnahme an dieser Maßnahme muss am Betrieb eine flächendeckende Begrünung von mindestens 85% der Ackerfläche zu jedem Zeitpunkt des gesamten Jahres mit Haupt- oder Zwischenfrüchten vorhanden sein. Die Fläche gilt im Rahmen der Maßnahme aber weiterhin als begrünt, wenn der maximale Zeitraum von 30 Tagen ab Ernte der Hauptfrucht bis zur Anlage einer Zwischenfrucht, von 30 Tagen ab Umbruch der Zwischenfrucht bis zum Anbau einer Hauptfrucht oder von 50 Tagen ab Ernte der Hauptfrucht bis zum Anbau einer folgenden Hauptfrucht nicht überschritten wird. Bei Einhaltung dieser Zeiträume wird der Begrünungszeitraum nicht als unterbrochen gewertet. * * * *

Der Tag der Anlage der Haupt- oder Zwischenfrucht zählt bereits als Begrünungstag. Der Tag der Ernte der Hauptfrucht sowie der Tag des Umbruchs der Ackerfläche beziehungsweise der Zwischenfrucht wird nicht mehr als Begrünungstag, sondern als unbegrünter Tag gewertet.

Für die Berechnung der mindestens 85% Begrünung zählen sämtliche Ackerflächen des Betriebes zur Ausgangsfläche, somit einschließlich die Nutzungen "Grünbrache", "Sonstige Ackerflächen", Ackerflächen im geschützten Anbau sowie Ackerflächen in den Maßnahmen "Naturschutz" (WF), "Ergebnisorientierter Naturschutzplan" (ENP), "Weiterführung 20-jähriger Verpflichtungen" (K20) und mit GI (Grundinanspruchnahme) codierte Flächen.

Zulässige Begrünungskulturen

Als Begrünungskulturen gelten Haupt- und Zwischenfrüchte auf Ackerflächen. Als Zwischenfrüchte gelten dabei aktiv angelegte Begrünungskulturen (inkl. Untersaaten) nach Hauptfrüchten, auf die eine aktiv angelegte Hauptfrucht folgt. Bei Untersaaten unterbricht die Ernte der Hauptfrucht nicht den Begrünungszeitraum. Das Datum der Anlage der Untersaat zählt als Anlagedatum für die Begrünung und damit für die Mindestbegrünungsdauer. Als Hauptfrucht anrechenbar sind auch Grünbrachen sowie in anderen Maßnahmen angelegte Flächen auf Acker (beispielsweise "Naturschutz" etc.), wenn sie die vollständige Bodenbedeckung erfüllen.

Grundsätzlich sind alle Maßnahmen zu ergreifen, die eine ordnungsgemäße Begrünung ermöglichen. Das geht von Bodenvorbereitung, Saatzeitpunkt, Saatmenge, Ausbringungstechnik, Ablagetiefe bis hin zur Wahl des Begrünungssaatgutes.

Unzulässige Begrünungen

Ausfall aus vorhergehenden Kulturen zählt nicht als Zwischenfrucht. Druschausfall und sich selbst begrünende Flächen zählen weder als Zwischen- noch als Hauptfrucht und sind daher bis zur Anlage einer Zwischen- oder Hauptfrucht dem begrünungsfreien Zeitraum zuzurechnen. "Sonstige Ackerflächen" oder Flächen mit dem Code GI gelten ebenfalls als unbegrünt.

Vorgaben bei Zwischenfrüchten

Die aktive Anlage von Zwischenfrüchten (inkl. Untersaaten) hat bis spätestens am 1. Oktober zu erfolgen. Die Mindestanlagedauer von Zwischenfrüchten muss 35 Tage betragen. Das heißt, dass Zwischenfrüchte und Untersaaten, die nach dem 1. Oktober angelegt werden oder die Mindestdauer von 35 Tagen nicht erreichen, als unbegrünt zählen. Bezüglich Begrünungssaatgut von Zwischenfrüchten (inkl. Untersaaten) gibt es keine Einschränkungen, beispielsweise müssen keine Mischungen angelegt werden und es ist auch Getreide als Zwischenfruchtkultur zulässig. Die begrünteren Zwischenfruchtflächen müssen im Rahmen des Online-Herbstantrages nicht bekannt gegeben werden.

Tagaktuelle Aufzeichnungen

Bei der Maßnahme sind tagaktuell schlagbezogene Aufzeichnungen über folgende Termine zu führen: die Ernte der Hauptfrucht, Anlage und Umbruch der Zwischenfrucht (Begrünung) sowie Anlage der folgenden Hauptfrucht. Die schlagbezogenen Aufzeichnungen müssen über das gesamte Jahr und die gesamte Ackerfläche des Betriebes geführt werden (unabhängig von den 85%) und sind ab dem 1. Jänner des ersten Teilnahmejahres durchgängig bis zum Ende des Verpflichtungszeitraums durchzuführen. Eine Aufzeichnungsvorlage steht unter anderem online unter www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter zur Verfügung. Auch andere Aufzeichnungen werden anerkannt, sofern diese die notwendigen Angaben enthalten. Die Aufzeichnungen können beispielsweise auch über EDV-Aufzeichnungsprogramme geführt und am Betrieb ausgedruckt werden. Die Aufzeichnungen sind am Betrieb aufzubewahren und bei Vor-Ort-Kontrollen dem Prüforgan vorzulegen.

Darüber hinaus besteht am Betrieb eine Kombinationsverpflichtung mit der Maßnahme "Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung" oder "Biologische Wirtschaftsweise". Bio-Betriebe, denen ein vorzeitiger rückzahlungsfreier Ausstieg aus der Maßnahme "Biologische Wirtschaftsweise" genehmigt wurde, können die Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - System Immergrün" ohne Kombinationsverpflichtung fortführen und erhalten dafür die ungeschmälerte Prämie.

Weitere detaillierte Informationen zur Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - System Immergrün" sind im gleichnamigen Maßnahmen erläutersblatt unter www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter zu finden. (Schluss)

Salzburg: Corona-Tests von Schlachthofmitarbeitern negativ

Land setzt risikobasierte Screening-Reihe fort

Salzburg, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Die Landessanitätsdirektion Salzburg hat heute Mittag gemeldet, dass die Testungen der rund 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Salzburger Schlachthofs in Bergheim durch die Österreichische Agentur für Ernährungssicherheit (AGES) durchgeführt wurden. Alle Testergebnisse waren negativ. Die Tests erfolgten im Rahmen der risikobasierten Screening-Reihe des Landes. (Schluss)

Lindinger: Entlastungspaket für Bäuerinnen und Bauern beschlossen

ÖVP-Abgeordneter weist Neiddebatten der Opposition zurück

Wien, 10. Juli 2020 (aiz.info). - "Mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel an Steuererleichterungen entlasten wir die Bäuerinnen und Bauern", zieht ÖVP-Abgeordneter **Klaus Lindinger** Bilanz über die in dieser Woche im Nationalrat beschlossenen Gesetzesmaterien. "Mit diesem bisher größten Entlastungs- und Investitionspaket für unsere bäuerlichen Familien setzen wir um, was seit Längerem geplant war und sorgen dafür, dass die Land- und Forstwirtschaft rasch aus der Krise kommt", betont Lindinger. Er wirft den Oppositionsparteien mangelnde Bereitschaft zur Unterstützung sowie das Schüren von Neiddebatten auf dem Rücken der Bäuerinnen und Bauern vor. * * * *

"Seit vielen Jahren stagnieren die bäuerlichen Einkommen, was auch dazu führt, dass täglich Betriebe aufgeben müssen. Das tun sie nicht, weil ihnen die Arbeit zu viel geworden ist, sondern weil sie davon nicht mehr leben können", bedauert Lindinger das uneinsichtige Verhalten von SPÖ und NEOS in der Parlamentsdebatte. "Gut, dass wir mit den Grünen eine konstruktive und zukunftsorientierte Lösung gefunden haben, der letztendlich auch die Freiheitlichen zustimmten", so der Abgeordnete.

Bäuerliche Betriebe zukunftsfit erhalten

Das Steuerentlastungspaket für die Landwirtschaft im Umfang von rund 50 Mio. Euro ist für Lindinger ein "wichtiger Schritt, um unsere bäuerlichen Betriebe für die Zukunft fit zu halten".

"Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in Österreich, was die Produktion von Lebensmitteln, aber auch den hohen Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor betrifft, ist bei vielen unbestritten. Allein von dieser Wertschätzung können die Bäuerinnen und Bauern nicht leben. Sie brauchen konkrete Maßnahmen zur Unterstützung", zeigt sich Lindinger erfreut, dass mit diesem Gesetzespaket ein wichtiger Schritt umgesetzt wurde. (Schluss)

LK Kärnten begrüßt Beschluss der Landesregierung zum Buschenschankgesetz

Mößler: Novellierung ist wichtige Entscheidung für bäuerliche Berufsgruppe

Klagenfurt, 10. Juli 2020 (aiz.info). - "Die Novellierung des Kärntner Buschenschankgesetzes ist eine wichtige Entscheidung für viele bäuerliche Betriebe. Ich möchte mich daher bei den Mitgliedern der Landesregierung, insbesondere bei Agrar-Landesrat Martin Gruber, ausdrücklich für den Beschluss bedanken", erklärte Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Johann Mößler**. Er sei zuversichtlich, dass auch der Landtag seine Zustimmung geben werde und somit noch diesen Sommer Erleichterungen für die Buschenschankbetreiber wirksam werden können. "Unsere Kärntner Buschenschankbetriebe stehen für regionale, kulinarische Vielfalt und werden von Einheimischen wie Touristen gleichermaßen geschätzt. Mit der Änderung des Gesetzes werden diese Botschafter der Kärntner Gastlichkeit nachhaltig gestärkt", so der Präsident. * * * *

Der in der Gesetzesnovelle vorgesehene Wegfall der 10-tägigen Sperrfrist nach zwölf Wochen Öffnungszeit sowie die Möglichkeit, in begrenztem Ausmaß bäuerliche Produkte regional zukaufen zu können, seien wichtige Erleichterungen für die Buschenschankbetriebe, erklärt Mößler. Der oberste Bauernvertreter sieht damit auch die langjährigen Bemühungen der LK von Erfolg gekrönt, dem aus den 1980er-Jahren stammenden Buschenschankgesetz einige der größten bürokratischen Hürden für die Betriebe zu nehmen.

Auch die Forcierung von Zertifizierungsprogrammen wie "Gutes vom Bauernhof" werden begrüßt. "Damit ist die Qualitätssicherung gewährleistet, die den Gästen zugutekommt und auch die Kooperationen zwischen den bäuerlichen Betrieben stärken wird", so Mößler.

Anton Heritzer, Obmann des Landesverbandes der bäuerlichen Direktvermarkter, zeigt sich erleichtert: "Es freut mich, dass die langen Verhandlungen einen positiven Abschluss gefunden haben und somit die Kärntner Buschenschank-Kultur weiterhin zeitgemäß betrieben werden kann." (Schluss)

Ukrainische Rapsexporte erreichten 2019/20 neuen Rekordstand

EU war der wichtigste Importeur

Kiew, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Im vergangenen Wirtschaftsjahr sind aus der Ukraine etwa 2,89 Mio. t Rapssaat ausgeführt worden, damit wurde ein neuer Rekord erzielt. Im Vergleich zur Saison 2018/19 war das Exportvolumen um 18% höher, und auch der bisherige, 2008/09 verzeichnete Höchststand wurde um 10% übertroffen, berichtet der landwirtschaftliche Analysen- und Informationsdienst APK-Inform. Mit einem Anteil von 95%, der damit im Jahresvergleich um 6,5 Prozent(punkte) höher ausfiel, war die Europäische Union der wichtigste Importeur von ukrainischem Raps. Die zweitgrößte Menge wurde im Berichtszeitraum in die Türkei geliefert. (Schluss) pom

FiBL-Obmann Niggli in Vorbereitungsgruppe des Welternährungsgipfels 2021

Ökologisch und sozial verantwortungsvolle Landwirtschaft und Ernährung im Fokus

Wien, 10. Juli 2020 (aiz.info). - UNO-Generalsekretär António Guterres hat den Agrarforscher und neuen Obmann von FiBL Österreich, **Urs Niggli**, in die Wissenschaftsgruppe für die Vorbereitung des "2021 Food System Summit" gewählt. Für Niggli steht neben der ökologisch und sozial verantwortungsvollen Landwirtschaft auch die Ernährung im Vordergrund. "Der große Druck auf weitere Ertragssteigerungen für eine wachsende Menschheit kann gemildert werden, wenn weniger Lebensmittel verschwendet werden und weniger Getreide als Tierfutter verwendet wird", betont er. Weiters möchte er die Bedeutung von gut ausgebildeten und selbstbewussten Bäuerinnen und Bauern für die globale Ernährungssicherheit in die Vorbereitung des Gipfeltreffens einbringen. FiBL-Geschäftsführer Andreas Kranzler ist stolz auf Niggli's Bestellung, denn Österreich sei weder im "Beratenden Komitee" noch in der Wissenschaftsgruppe direkt vertreten. Die Erfahrungen

Österreichs als internationaler Pionier des Bio-Landbaus seien aber bei der globalen Diskussion um eine Neuausrichtung der Landwirtschaft und Ernährung von großer Bedeutung. (Schluss)

Maschinenring Kärnten erneut für Unternehmerpreis TRIGOS nominiert

300.000 m2 Blüten für Insekten beeindrucken

Linz, 10. Juli 2020 (aiz.info). - Nach der TRIGOS-Nominierung 2018 beweist der Maschinenring (MR) erneut, dass er seine gesellschaftliche Verantwortung ernst nimmt. Die Organisation, hinter der mehr als 70.000 Landwirte, davon mehr als 6.000 in Kärnten, stehen, setzt auf umfassende soziale und ökologische Maßnahmen. Vor zwei Jahren würdigte die Nominierung die "Ökologisierung der Dienstleistungen". Dieses Jahr steht das Projekt "Bienenwies'n" (www.bienenwiesn.at) im Fokus. Es hat die Chance, Ende August in der Kategorie "Vorbildliche Projekte" den begehrten Unternehmerpreis zu erhalten. * * * *

2019, im ersten Jahr des Projektes, entstanden alleine in Kärnten bereits 300.000 m2 neue Wiesenflächen für Insekten. Viele Privathaushalte, namhafte Firmen, zahlreiche Gemeinden, landwirtschaftliche Betriebe sowie viele öffentliche Institutionen haben Teile ihrer Grünflächen in wertvolle Nahrungsflächen für Blüten bestäubende Insekten umgewandelt. Dabei wird das projekteigene Saatgut eingesetzt, das gemeinsam mit der Kärntner Saatbau vermehrt wird und zu 100% aus Österreich stammt. Mittlerweile wird das Projekt auch in weiteren fünf Bundesländern umgesetzt.

"Mit den 'Bienenwies'n' leistet das Unternehmen einen essenziellen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt. Das Thema Insektensterben ist aktueller denn je und wird stark diskutiert. Der Maschinenring trägt mit diesem Vorzeigeprojekt durch breitflächige Bewusstseinsbildung zum Umdenken bei. Die Jury lobt die intensive Auseinandersetzung mit den SDGs (17 Nachhaltige Entwicklungsziele) und befürwortet vor allem die Einbeziehung einer Vielzahl an Stakeholdern und die breitflächige Kommunikationsarbeit", so die Begründung der Jury. (Schluss)